

Anträge

Antrag EW 01

Votum der AK Gewissermaßen Konsensliste, Diskussion durch Parteitag
Votum des LPT einstimmig angenommen

1 Für ein politisches Europa

2
3 (I) Die SPD Sachsen macht sich die nachfolgenden europapolitischen Thesen zu Eigen.

4
5 1. Die SPD ist von Beginn ihrer Geschichte an eine internationalistische Partei. Wir
6 wollen die Europäische Einigung – nicht als Selbstzweck oder nur um Märkte zu
7 stärken. Europa braucht eine gemeinsame Politik, damit die Menschen in den
8 europäischen Ländern in einer freien und gerechten europäischen Gesellschaft leben
9 können.

10
11 2. Die Europäische Union muss politischer und demokratischer werden. Zwar werden
12 auf europäischer Ebene viele Entscheidungen von großer Wirkung getroffen. Doch
13 die Bürgerinnen und Bürger haben nicht den Eindruck, die europäische Politik
14 beeinflussen zu können. Wir wollen dafür sorgen, dass europapolitische Themen
15 stärker ins Bewusstsein der Menschen geraten und dass endlich richtige politische
16 Auseinandersetzungen um europäische Fragen stattfinden. Ein geeigneter Schritt zu
17 mehr Demokratie und Bürgernähe ist die Direktwahl der/des
18 Kommissionspräsidentin/-en.

19
20 3. Europapolitik wird oft einseitig auf Fördermittelpolitik reduziert und kommuniziert.
21 Doch es geht nicht nur um die Verteilung von Geldern. Wir wollen die
22 grundsätzlicheren Fragen verstärkt in den Fokus der politischen Auseinandersetzung
23 rücken: Wie soll Europa regiert werden? Wie können wir dafür sorgen, dass die
24 Rechte und Zukunftsperspektiven der Menschen in den europäischen Ländern
25 gestärkt werden? Und wie schaffen wir es, in einem Europa der Vielfalt
26 zusammenzuwachsen?

27
28 4. Vor dem Hintergrund zweier Weltkriege war die Europäische Union in ihrer
29 Entstehung eine Antwort auf die Fragen ihrer Zeit: Wie lässt sich der Frieden in
30 Europa dauerhaft sichern? Wie können die europäischen Staaten dazu gebracht
31 werden, konstruktiv miteinander zu arbeiten? Vor dem Hintergrund von
32 Globalisierung und wachsender sozialer Ungleichheit sind die Fragen unserer
33 heutigen Zeit andere: Wie kann es gelingen, die Bedürfnisse der Menschen nach
34 Freiheit, Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit gegenüber weltweit agierenden
35 Märkten und militärischen Konflikten zu sichern? Wie lassen sich in einer Welt ohne

Anträge

Antrag EW 01

36 Grenzen vernünftige Regeln setzen und durchsetzen? Auf diese Fragen braucht die
37 Europäische Union neue Antworten.

38

39 5. In den letzten Jahrzehnten war die Europäische Union von wirtschaftlicher
40 Liberalisierung und Privatisierung geprägt. Davon haben zum größten Teil
41 international agierende Unternehmen profitiert. Die Menschen standen nur als
42 Konsumenten im Blickpunkt europäischer Politik: Liberalisierte Märkte würden zu
43 niedrigeren Verbraucherpreisen führen, so die Annahme – und niedrige
44 Verbraucherpreise seien gut für die Menschen. Doch niedrige Verbraucherpreise
45 allein nutzen den Menschen wenig, wenn sie keine Arbeit oder nur ein geringes
46 Einkommen haben. Und viele drängende Probleme sind mit Hilfe von freien Märkten
47 gar nicht zu beantworten: Umweltschutz, Gesundheitsversorgung, gute Bildung und
48 die Wahrung öffentlicher Sicherheit sind keine Marktfragen, sondern politische
49 Fragen und müssen deshalb auch politisch gelöst werden.

50

51 6. Das Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber der europäischen Politik rührt
52 auch daher, dass die europäische Politik selbst oft ohnmächtig erscheint. Wir
53 brauchen eine Europäische Union mit klaren und verbindlichen
54 Entscheidungsstrukturen und Durchsetzungskraft gegenüber anderen Staaten und
55 vor allem gegenüber anderen Akteuren. Und wir brauchen auch ein Europa, dessen
56 Entscheidungen stärker an politischen Positionen und inhaltlichen Differenzen und
57 weniger an länderspezifischen Interessen orientiert sind. Um das zu erreichen, muss
58 die Europapolitik demokratisiert werden – das heißt hinein ins Parlament und weg
59 von der vorherrschenden Stellung der Regierungen und Bürokratien der
60 Mitgliedsstaaten. Kurz: Wir brauchen ein Europa, in dem Europawahlen etwas an
61 der Politik verändern und nicht nachrangig sind.

62

63 7. Wir wollen ein Europa,
64 • in dem die Politik der Wirtschaft Regeln setzt,
65 • in dem soziale Rechte und Standards für alle Menschen gelten,
66 • in dem es einen starken öffentlichen Sektor für die Daseinsvorsorge gibt,
67 • das ein starker Akteur bei der friedlichen Lösung internationaler Konflikte ist,
68 • das die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger schützt
69 und
70 • in dem ein europäischer demokratischer Diskurs um gemeinsame politische
71 Entscheidungen stattfindet.

72

73 (II) Die sächsische SPD nimmt die im Jahr 2014 stattfindenden Europawahlen zum Anlass,
74 die politischen Fragen Europas stärker in die öffentliche Debatte zu tragen. Die
75 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Deutschen

Anträge

Antrag EW 01

- 76 Bundestag, im Sächsischen Landtag und in den kommunalen Parlamenten werden
77 **aufgefordert, das „Europa der Regionen“ und „Europa der Vielfalt“ als Auftrag zu eigenem**
78 europapolitischem Handeln zu verstehen und europäische Fragen zum Gegenstand von
79 Anträgen und Veranstaltungen zu machen. Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert,
80 diese Aktivitäten zu bündeln und zu koordinieren.